

Saarbrücken, 06.09.2018

## **Leitlinienpapier der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“**

Die „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ ist dem gesellschaftspolitischen sowie demokratie- und menschenrechtspädagogischen Auftrag der Erinnerungsarbeit zur Zeit des Nationalsozialismus verpflichtet. Sie bündelt und stärkt die in der saarländischen Erinnerungslandschaft geleistete Arbeit. Nach außen vertritt sie die Interessen der saarländischen Erinnerungsakteurinnen und -akteure.

### **Leitbild der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“**

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die unter seiner Herrschaft begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft, ihres politischen Bekenntnisses, ihrer körperlichen und geistigen Verfasstheit, ihrer sexuellen Orientierung sowie der von ihnen gewählten Lebensform – geht mit dem Bekenntnis zu einer offenen, den Menschenrechten verpflichteten demokratischen Gesellschaft einher. Die Erinnerung an die Zeit von 1933 bis 1945 – das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und an den Widerstand – gehört daher notwendig zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und bildet somit das Fundament unserer politischen Kultur.

Der industriell verübte Völkermord, der sich mit dem Namen Auschwitz verbindet, ist eine Tatsache und damit Teil der deutschen Geschichte. Die nachfolgenden Generationen stehen in der Verantwortung, den Opfern zu gedenken und ihnen Respekt zu erweisen. Zugleich bindet sie der Auftrag, die Ursachen der im Nationalsozialismus begangenen, einen Zivilisationsbruch auslösenden Verbrechen zu ergründen und deren Ausmaß, ohne dabei auch nur den Anschein von Verherrlichung oder Akzeptanz zu erwecken, zu dokumentieren. Das Geschichtsbewusstsein der nachfolgenden Generationen ist zu fördern und zu stärken. Der Maßstab der wissenschaftlichen und erinnerungspädagogischen Arbeit ist dafür die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Aufgabe der Erinnerungsarbeit zur NS-Zeit im Saarland ist es im Besonderen, Einzelschicksale aus der Region, regionalspezifische Themen sowie regionale und lokale Ereignisse und Strukturen mit ihren überregionalen Zusammenhängen aufzuarbeiten und zu vermitteln.

## **Aufgaben der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“**

Sichtbarmachung der bestehenden Informations-/Bildungs-/Veranstaltungsangebote im Bereich der saarländischen Erinnerungsarbeit zur Zeit des Nationalsozialismus

Förderung eines landesweiten Informationsaustausches der Erinnerungsakteurinnen und -akteuren

Meinungs- und Erfahrungsaustausch über inhaltliche und methodische Gemeinsamkeiten und Unterschiede, um das gemeinsame wie das jeweils eigene Profil klarer hervortreten zu lassen

Initiierung und Erleichterung von Kooperationen bei Veranstaltungen zur lokalen Erinnerungsarbeit

Rat und Unterstützung der Mitglieder bei lokalen Konflikten oder Schwierigkeiten

Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Medien

Vertretung der Interessen der Erinnerungsarbeit auf bundesweiten Treffen und Konferenzen der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit

Abgabe von Stellungnahmen zu aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Erinnerungsarbeit im Saarland und darüber hinaus, soweit sie Interessen der saarländischen Erinnerungsarbeit betreffen

Vermittlung von Kontakten und Austausch innerhalb von und zwischen verschiedenen Bildungs- und Gesellschaftsbereichen, in denen Erinnerungsarbeit stattfindet (Pädagogik, Forschung, Archive, Museen, Ausstellungen usw.)

## **Sprecherrat**

Der Sprecherrat besteht aus neun Mitgliedern.

Im Sprecherrat sollten möglichst all jene relevanten Bildungs- und Gesellschaftsbereiche vertreten sein, in denen seit vielen Jahren im Saarland mit großer fachlicher Kompetenz und großem Engagement Erinnerungsarbeit umgesetzt wird. Dazu zählen folgende Bereiche:

Zivilgesellschaft;  
schulische Bildung;  
außerschulische Bildung;  
Jugendarbeit;  
Religionsgemeinschaften;  
Wissenschaft;  
Museen;  
Historische Vereine;  
Städte und Gemeinden.

Der Sprecherrat kommt zweimal im Jahr zu einer ordentlichen Arbeitssitzung zusammen (außerordentliche Arbeitssitzungen bei Bedarf).

Die Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes als Koordinierungsstelle der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ nimmt an den Arbeitssitzungen des Sprecherrates teil. Sie ist nicht stimmberechtigt und steht nicht zur Wahl.

Der Sprecherrat wählt aus seiner Mitte eine/n Sprecher/in sowie zwei stellvertretende Sprecher/innen und eine/n Schriftführer/in.

Der Sprecherrat übernimmt folgende Aufgaben

1. Vertretung der Interessen der Akteurinnen und Akteure der saarländischen Erinnerungsarbeit auf Landes- und Bundesebene (beispielsweise gegenüber der saarländischen Landesregierung oder auf bundesweiten Konferenzen und Treffen der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit).
2. offizielle Stellungnahmen zu übergeordneten Fragestellungen zur Erinnerungsarbeit im Saarland oder darüber hinaus, soweit sie die Interessen der saarländischen Erinnerungsarbeit betreffen
3. Entscheid über Mitgliedsanträge
4. inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Einberufung von Mitgliederversammlungen
5. Organisation von Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen
6. Bearbeitung und/oder Weiterleitung von allgemeinen Anfragen zu übergeordneten oder speziellen Themen der saarländischen Erinnerungsarbeit (z. B. Anfragen von Bürgern, Forschungsinstituten, Schulen usw.)

Die Geschäftsadresse des/der Sprechers/Sprecherin ist gleichzeitig die offizielle Geschäftsadresse der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“.

Der/Die Sprecher/in der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ ist für die Inhalte der Internetseite [www.erinnerungsarbeit-saarland.de](http://www.erinnerungsarbeit-saarland.de) journalistisch-redaktionell verantwortlich.

Die Mitgliederversammlung der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ wählt alle zwei Jahre den Sprecherrat.

Die Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes übernimmt in der konstituierenden Arbeitssitzung des neu gewählten Sprecherrates bis zur Wahl des/der Sprechers/Sprecherin die Sitzungsleitung.

### **Koordinierungsstelle**

Die Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes ist Koordinierungsstelle der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“.

Sie übt in enger Abstimmung mit dem Sprecherrat die redaktionelle Betreuung der Internetseite [www.erinnerungsarbeit-saarland.de](http://www.erinnerungsarbeit-saarland.de) aus. Darüber hinaus stellt sie den Aufbau und den laufenden Betrieb dieser Internetseite finanziell sicher.

Sie unterstützt den Sprecherrat inhaltlich und organisatorisch bei der Umsetzung seiner Aufgaben 4 bis 6.

Die Landeszentrale unterstützt den Sprecherrat organisatorisch bei der Umsetzung seiner Arbeitssitzungen.

### **Mitgliederversammlung**

Eine Mitgliedschaft in der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ können alle Akteure/Akteurinnen und Organisationen/Initiativen/Vereine/usw. beantragen, die seit mehreren Jahren kontinuierlich öffentlich wahrnehmbar bzw. didaktisch/vermittelnd im Bereich der Erinnerungsarbeit zur NS-Zeit aktiv sind.

Mitgliedsanträge müssen beim Sprecherrat der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ eingereicht werden.

Bei Lehrkräften ist die Mitgliedschaft in der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ nicht an die Schule, sondern an die Einzelperson gebunden. Bei einem Schulwechsel muss die betroffene Lehrkraft unter Nachweis einer erfolgten Abstimmung mit ihrer neuen Schulleitung die Fortführung ihrer Mitgliedschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft beim Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft offiziell beantragen. Umgekehrt gilt für eine Schule, die eine als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft gelistete Lehrkraft wegen eines Schulwechsels oder aus einem anderen Grund verliert, dass eine andere Lehrkraft dieser Schule unter Nachweis einer erfolgten Abstimmung mit der Schulleitung ihre Mitgliedschaft in der Landesarbeitsgemeinschaft offiziell beim Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft beantragen muss. Pro Schule kann nur eine Lehrkraft als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft gelistet sein.

Mit der Übernahme der Mitgliedschaft ist das offizielle Bekenntnis zum Leitbild der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ verbunden.

Die Mitglieder der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ kommen einmal pro Jahr zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung zusammen.

An der Mitgliederversammlung können pro Organisation/Initiative/Verein/usw. max. zwei Vertreter/innen teilnehmen.

Jede Organisation/Initiative/Verein/usw. kann bei Wahlen und Abstimmungen der Mitgliederversammlung eine Stimme abgeben.

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Sprecherrat.

Die Mitgliederversammlung kann mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder Mitgliedsanträge annehmen, die vom Sprecherrat abgelehnt wurden.

Bei Verstößen gegen die im Leitbild festgehaltenen bildungs- und gesellschaftspolitischen Ziele der „Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland“ kann die Mitgliederversammlung Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder aus der Landesarbeitsgemeinschaft ausschließen. Im Rahmen des Ausschlussverfahrens besitzt das betroffene Mitglied die Gelegenheit, im Vorfeld der Abstimmung vor der Mitgliederversammlung eine Stellungnahme abzugeben.

Die Mitglieder können Anträge sowie Vorschläge zur Tagungsordnung der Mitgliederversammlung beim Sprecherrat zur Abstimmung einreichen.

Mitgliederversammlungen, auf denen ein neuer Sprecherrat gewählt wird, werden bis zur jeweiligen Wahl des Sprecherrates von der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes einberufen und geleitet.